

Arbeitsprogramm für Erziehungsre-
=====
form kommt in Gang
=====

Das Arbeitsprogramm "Wege und Ziele einer Erziehungsreform", über das wir in den letzten "Mitteilungen" berichteten, fand ein sehr günstiges Presseecho. Zahlreiche größere Zeitungen, darunter die "Süddeutsche Zeitung", die "Frankfurter Rundschau", die "Westdeutsche Allgemeine" und die "Bayerische Staatszeitung" widmeten den Thesen der Humanistischen Union umfangreiche Berichte. Das letztgenannte Blatt schreibt am 21.1.1966 u. a.: "Man sollte die in dem Arbeitsprogramm vorgetragenen Thesen und Vorschläge intensiv diskutieren, das hier verkündete Erziehungsziel ebenso unvoreingenommen prüfen wie die Berechtigung der geübten Kritik. Da die Humanistische Union durch die Person ihres Gründers und Vorsitzenden in den Geruch eines militanten Atheistenbundes geraten ist, ist der Hinweis vielleicht nicht unangebracht, daß wir in dem Arbeitsprogramm keinen Satz finden konnten, den nicht auch ein modern denkender, psychologisch gebildeter Christ sich zu eigen machen könnte. Die Einsicht, daß eine Erziehung ohne ausreichendes Verständnis für die seelische Wirklichkeit böse Folgen haben kann, ist unabhängig von der Weltanschauung."

Während wir von Soziologen, Sozialpsychologen und Psychologen durchweg zustimmende Kommentare zu den Thesen erhielten, ist die Reaktion der Pädagogen innerhalb und außerhalb der Humanistischen Union zwiespältig. Viele empfinden die in der Denkschrift am derzeitigen Erziehungssystem geäußerte Kritik als zu hart und vermischen eine hinreichende Erwähnung der zahlreichen bereits im Sinne der Reformforderungen arbeitenden Erzieher. Ein Kreis von pädagogisch tätigen Mitgliedern aus Schleswig-Holstein warnte sogar vor einer Veröffentlichung des Arbeitsprogramms. Im Gegensatz dazu schrieb z.B. der Leiter des Gymnasiums "Stiftung Landschulheim am Solling", Dr. Hans Walter Erbe, der Geschäftsstelle am 10.12.1965: "Soeben erhalte ich Ihr Memorandum 'Wege und Ziele einer Erziehungsreform'. Ich finde die Ausführungen ausgezeichnet. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir ca. 20 Exemplare übersenden könnten, damit ich dieses Programm zur Grundlage von Besprechungen in meinem Kollegium machen kann."

Um die praktische Diskussions- und Aufklärungsarbeit in Gang zu bringen, haben wir für Mitarbeiter und interessierte Mitglieder eine erste vorläufige Arbeitsanleitung verfaßt, die als letztes Blatt diesen "Mitteilungen" anhängt. Weitere Unterlagen und Hilfsmittel, wie etwa ein Verzeichnis von geeigneten Lehrfilmen, die kostenlos auszuleihen sind, eine Liste von möglichen Referenten und Gesprächsleitern, u. a. m. sind in Vorbereitung. Wir bitten alle

Mitglieder, die Thesen der HU zur Erziehungsreform möglichst genau zu lesen, im Familien- und Bekanntenkreis zu besprechen und an Hand der genannten beigelegten Arbeitsanleitung zu prüfen, wie weit sie zum Gelingen unseres großen Plans, auf möglichst breiter Basis ein lebendiges Gespräch über moderne Erziehung in Gang zu bringen, beitragen können. Wir sind für Berichte über alles, was Sie darüber denken und dabei erfahren oder unternehmen, sehr dankbar.

In München hat sich ein erster Arbeitskreis aus Fachleuten und Laien gebildet, in dem sich Mitglieder und Außenstehende gemeinsam um die Klärung von den im Arbeitsprogramm der HU angeschnittenen Erziehungsproblemen bemühen. (Interessierte wollen sich bitte wenden an: Peter Nießen, 8000 München 13, Schwere-Reiter-Str. 41 - Jugendheim Oberwiesenfeld.) Die zweite Veranstaltungsreihe des Münchner Forums für Ehe- und Erziehungsfragen der HU "Wissenschaft als Lebenshilfe", die den Februar über stattfindet, steht ebenfalls ganz im Zeichen der pädagogischen Aufklärung. Näheres siehe Veranstaltungsteil.

G u t e N a c h r i c h t e n a u s . . .

a) . . . H e s s e n . . .

Noch im November vorigen Jahres schien es unabwendbar, daß die Hessische Landesregierung gemeinsam mit der CDU-Opposition das Verbot des öffentlichen Schulgebets durch den zuständigen Staatsgerichtshof zum Anlaß nähme, die dort bisher überkonfessionelle Gemeinschaftsschule durch eine Verfassungsänderung als "christliche Gemeinschaftsschule" zu deklarieren. Anfang Januar verlautete nach Geheimberatungen führender Regierungsvertreter mit verantwortlichen Kirchenrepräsentanten aus der Hessischen Staatskanzlei, eine solche Verfassungsänderung sei nicht nötig, da ein gemeinsames Bekenntnis aller Parteien im Hessischen Landtag zu den christlichen Grundlagen der abendländischen Schulerziehung den gewünschten Zweck ebenfalls erfülle. Zwischen diesen gegensätzlichen politischen Konstellationen lag eine konzentrierte meinungsbildende und aufklärende Tätigkeit der hessischen Ortsverbände und der Bundeszentrale der HU. Auf Initiative des Frankfurter Ortsvorsitzenden Klaus Scheunemann entstand, wie gemeldet, ein hessisches "Bürgerkomitee" für die Erhaltung der Gemeinschaftsschule, an dem sich zahlreiche andere politische und religiöse Gruppen beteiligten. Dieses "Bürgerkomitee" wandte sich mit einer wirkungsvollen Pressekonferenz und einer warnenden Erklärung an die Öffentlichkeit und die verantwortlichen Politiker und kündigte vielfältige Aktionen im Falle einer etwaigen Volksbefragung an. Gleichzeitig richtete der Bundesvorstand den in den letzten "Mitteilungen" zitierten offenen Brief an das Hessische Landesparlament; auch der Ortsverband Darmstadt gab inzwischen in einer Pressekonferenz eine warnende Erklärung ab. Das "Bürgerkomitee" konnte sogar in zwei Fernsehsendungen die Argumente der Liberalen öffentlich vortragen. Die überraschende Wendung der Lage dürfte somit auch auf die Initiativen der Humanistischen Union zurückzuführen sein.

b) . . . R e g e n s b u r g . . .

Mitgliedern, die es noch nicht aus der Presse erfahren haben, möchten wir mitteilen, daß der umstrittene Regensburger Gründungsrektor Freiherr von Pölnitz Ende 1965 endlich von seinem Posten zurückgetreten ist. Die Humanistische Union hatte, wie berichtet, im Frühjahr vergan-

genen Jahres seine extrem nazistische Vergangenheit und seine ungewöhnliche Charakterlosigkeit in den Wechselfällen des politischen Lebens aufgedeckt und schließlich im Mai 1965 unter Vorlage einer umfangreichen Dokumentation über die nationalsozialistische Propagandarbeit des Freiherrn von Pölnitz seinen Rücktritt gefordert. Nach einigem Tauziehen hinter den Kulissen der bayerischen Landespolitik führte schließlich ein Mißtrauensvotum des jetzigen Rektors der Münchener Universität dazu, daß auch seine unbeirrbarsten Gönner, zu denen vor allem der bayerische Ministerpräsident Goppel gehörte, ihn preisgeben mußten.

c) ... B o n n ...

Das offizielle Blatt der deutschen Filmwirtschaft "Filmecho/Filmwoche" brachte in der Nr. 5/6 vom 21.1.1966 folgende Notiz:

"Süsterhenn in Wartestellung"

Professor Süsterhenn, CDU-MdB und Streiter für gesetzlich verankerte Sittennormen, hat resigniert. Er verzichtet darauf, seinen geplanten Antrag zur Änderung des Grundgesetzes im Bundestag zu stellen. Bekanntlich wollte er Artikel 5, der die Freiheit der Kunst garantiert, durch ein eng gefaßtes Sittengesetz beschneiden. Durch Sympathie-Umfragen mußte er jetzt erkennen, daß höchstens 150 Abgeordnete bereit wären, seinen Antrag zu unterstützen. Süsterhenn, der sich auch als eifriger Verfechter der 'Sauberen Leinwand' betätigte, begab sich in Wartestellung. Er hofft, wenigstens Teile seiner Sittengesetzidee über den Umweg eines Filmförderungsgesetzes verwirklichen zu können."

... u n d K a r l s r u h e ...

Eine zwar viel weniger bedeutsame, aber doch erfreuliche Erfolgsmeldung erreichte uns aus Karlsruhe: Der Vorsitzende der dortigen HSU-Gruppe an der Pädagogischen Hochschule schrieb am 28.12.1965: "Hiermit möchten wir uns ausdrücklich für die Herausgabe der HU-Information zur Todesstrafe von Heinrich Hannover: 'Es muß endlich geköpft werden' bedanken. Einem Mitglied unserer Vereinigung gelang es, mit dieser ausgezeichneten Schrift in einer Übung vor ca. 50 Studierenden eine Stunde lang die Anschauungen der HU zu diesem Thema darzulegen. Im Rahmen des politischen Arbeitskreises unserer Hochschule ist zum selben Thema nun eine Großveranstaltung mit dem Rektor unserer Hochschule geplant."

W e h r d i e n s t b e f r e i u n g n u r f ü r E h e -
=====
l i c h e ? - HU unterstützt Verfassungsbeschwerde
=====

§ 11 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes befreit den einzigen lebenden Sohn eines im Krieg gefallenen Vaters von der Wehrdienstpflicht. Die Bundeswehrverwaltungen weigern sich, unter Berufung auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12.10.1962, auch außerehelich geborene Söhne gefallener Soldaten in diese Befreiungsvorschrift einzubeziehen. Ein von dieser neuerlichen Benachteiligung unehelicher Kinder betroffener Sohn des im letzten Krieg kurz vor der geplanten Heirat umgekommenen Bräutigams seiner Mutter, wird mit finanzieller und juristischer Unterstützung der HU nach Ausschöpfung der gerichtlichen Vorinstanzen durch Rechtsanwalt Dr. Hans Heinz Heldmann, München, beim Bundesverfassungsgericht Verfas-

sungsbeschwerde gegen seinen Einberufungsbefehl erheben. Näheres zur Begründung der Beschwerde in den nächsten "Mitteilungen".

=====
" Ein Hauch von Humanistischer
=====
U n i o n " - HU wird zum Begriff
=====

In einem Kommentar zur Geburt der neuen politischen Monatsschrift "Deutsches Panorama" schrieb die "Süddeutsche Zeitung" am 28.1.1966: "... Nach dem ersten Eindruck haben sie ihr Blatt angesiedelt. Zwischen Spiegel und Pardon, mit einem Hauch von Humanistischer Union ..."

Die "Frankfurter Allgemeine" berichtete über eine von der Frankfurter CDU veranstaltete Diskussion des im Oktober vom hessischen Staatsgerichtshof gesprochenen Urteils, wonach Schulklassen nicht gemeinsam beten dürfen, wenn ein Elternpaar dagegen ist: "(Ein) Studienrat berichtete, daß in den Primen der Gymnasien nur jeder vierte Schüler in einer der christlichen Konfessionen engagiert sei. Der Rest hänge der Humanistischen Union an, den Gewerkschaften oder dem SPIEGEL. ..."

(zitiert aus Rückspiegel Nr. 3 vom 10.1.1966)

=====
A u s d e r A r b e i t d e r O r t s v e r b ä n d e
=====

Ein neuer Ortsverband Darmstadt entstand am 18.12.1965. Die Gruppe besteht vorerst aus 44 Mitgliedern. Der Vorstand, der die Geschäftsführung unter sich regelt, wurde wie folgt gewählt: Vorsitzender Dipl.-Physiker Hjalmar Franz, 6100 Darmstadt, Bleichstr. 51; Vorstandsmitglieder: Referendar Dieter Emrich, Bensheim; Landgerichtsdirektor Dr. Fritz Rosenthal, Darmstadt; Dipl.-Ing. Klaus Wagner, Darmstadt (zugleich Vorsitzender der HSU Darmstadt). Als Kassenprüfer wurden bestellt Herr Rechtsanwalt Kurt Kornelius und Frau Renate Dörner, beide Darmstadt.

In einer gleichzeitig veröffentlichten Resolution wandte sich der neue Ortsverband nachträglich gegen den Plan, die hessische Gemeinschaftsschule in "Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage" umzubenennen. Eine solche Verfassungsänderung bringe die Gefahr mit sich, "daß die Freiheit der persönlichen Gewissensentscheidung beeinträchtigt wird, wenn Erziehung und Unterricht in ihrer Gesamtheit auf die Grundlage einer bestimmten Glaubensrichtung gestellt werden."

Der Ortsverband Frankfurt widmete sich neben seiner bereits berichteten erfolgreichen Arbeit im hessischen "Bürgerkomitee zur Erhaltung der Gemeinschaftsschule" im Januar besonders dem Thema Notstandsgesetze. Er beteiligte sich an einem Arbeitsseminar des von ihm mitgetragenen Frankfurter "Aktionsausschusses gegen die Notstandsgesetze" und bereitet in diesem Rahmen die Herausgabe eines neuen Flugblattes zur Aufklärung der Bevölkerung vor.

Der Ortsverband Hamburg bestätigte bei einer Versammlung Ende November 1965 den bisherigen Vorsitzenden Rechtsanwalt Adolf Holz-müller erneut in seinem Amt. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Frau Eva-Maria Weiß; Fritz Wartenberg (Buchdruckmeister); Dr. Hans Robinsohn (Wissenschaftl. Leiter); Dr. W.D. Ekkehard Bink (Verlagsgeschäftsführer); Dipl.-Ing. Egon Engelbrecht; Dieter Thiel

Ein neuer Ortsverband Marburg gründete sich, wie angekündigt, am 10.12.1965. Als Vorsitzenden bestellten die anwesenden 28 Mitglieder Herrn stud. phil. Rütger Schäfer, 3551 Wehrda, Am Kornacker 34. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Irmgard Ehlebrecht, Marburg; Beiratsmitglied Prof. Dr. Heinz Maus, Ordinarius f. Soziologie an der Universität Marburg, und Dipl.-Ing. Hans Lent, Wehrda.

Der Ortsverband Nürnberg wandte sich Ende Januar 1966 mit einer Presseerklärung gegen eine Unterschriftensammlung, die eine örtliche Nachfolgeorganisation der "Aktion saubere Leinwand" unter dem Motto "Sauberkeit in Wort und Bild" zur Zeit in Nürnberg unternimmt. Die HU bestreite niemand das Recht, einen Film oder Abbildungen in Illustrierten für unmoralisch oder sittengefährdend zu halten. Aber sie wende sich mit allem Nachdruck gegen die Vorstellung, als gäbe es in unserer modernen pluralistischen Gesellschaft eine allgemeine und von allen anerkannte Sittenordnung, die etwa auf dem katholischen Naturrecht oder dem Puritanismus eines Calvin basiere. Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Welt- und Menschenbildern sei das Lebenselement einer freiheitlichen Gesellschaft, sie müsse aber fair und tolerant geführt werden und den Andersgesinnten Koexistenz und guten Glauben zubilligen, anstatt ihn als unsauber, unanständig und unmoralisch zu verketzern. Es bestehe bei der Aktion wieder der begründete Verdacht, daß im Grunde das "gesunde Volksempfinden" mobilisiert werden solle, um auf Regierung und Parlament Druck auszuüben, die in unserem Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte, besonders die in Art. 5 verankerte Freiheit von Kunst und Wissenschaft auf einen bestimmten Sittenkodex einzuschränken, um dann mit Hilfe der Polizei alle davon abweichenden künstlerischen und wissenschaftlichen Äußerungen verfolgen zu können. Die Stellungnahme der Nürnberger HU-Gruppe wurde von der gesamten Regionalpresse ausführlich zitiert und günstig kommentiert. Das Nürnberger "8-Uhr-Blatt" veranstaltete mit dem Ortsvorsitzenden und Vorstandsmitglied Dr. Otto Bickel ein Interview, das die in der Presseerklärung gegebenen Argumente wirkungsvoll ergänzte. In der offiziellen Vertretung des Ortsverbandes Nürnberg ergab sich inzwischen eine Änderung: Herr Dr. Otto Bickel mußte wegen Arbeitsüberlastung und seiner Inanspruchnahme im Bundesvorstand der HU den Vorsitz abgeben, steht aber auch für die örtliche Arbeit nach wie vor beratend und fördernd zur Verfügung. Zum neuen Vorsitzenden wurde gewählt Herr Rechtsanwalt Kurt Krüger, 8500 Nürnberg, Blütenstr. 10a. Als Stellvertreterin bestimmten die Mitglieder Frau Dr. Herta Bellwinkel, 8500 Nürnberg, Thornerstr. 8.

Z w e i t e B u n d e s d e l e g i e r t e n v e r s a m m l u n g
=====

d e r H S U
=====

Wie in den letzten "Mitteilungen" kurz berichtet, hielt der Bundesverband der HSU - ein von der HU rechtlich und organisatorisch unabhängiger Studentenverband - vom 10. bis 12.12.1965 in Marburg seine 2. ordentliche Delegiertenversammlung ab. Von den 24 Hochschulgruppen waren 22 durch ihre Delegierten vertreten. Namens der Stadt Marburg sprach Bürgermeister Thorsten Peters. Die Vorsitzenden des Liberalen Studentenbundes (LSD), des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) überbrachten ebenso wie der Vertreter der evangelischen Studentengemeinden Deutschlands (ESGiD) Grüße ihrer Vereinigungen.

Nach den einleitenden Worten und dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden erarbeiteten die Delegierten in 15-stündiger Diskussion eine neue Grundsatzerklärung, die für den gesamten Verband verpflichtend ist. Neben einigen notwendig gewordenen Satzungsergänzungen wurden eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. Die HSU fordert u. a. eine konsequente Trennung von Staat und Kirchen. Sie bekennt sich zum Widerstandsrecht jedes Staatsbürgers, wenn die Grund- und Menschenrechte in entscheidenden Punkten eingeschränkt werden. Sie weist mit allem Nachdruck die bisher vorgelegten Notstandsgesetzesentwürfe zurück und bemüht sich zusammen mit anderen interessierten Vereinigungen, örtliche Komitees gegen die Notstandsgesetzgebung und ihre evtl. praktischen Konsequenzen zu gründen. Sie begrüßt die Bemühungen der Gewerkschaften, im wirtschaftlichen Bereich unkontrollierbare Machtzusammenballungen zu verhindern, da derartige wirtschaftliche Konzentrationserscheinungen im gesellschaftspolitischen Raum eine steigende Gefahr für die innere Vielfalt unserer Gesellschaft darstellten. Sie wandte sich schließlich gegen die gesellschaftlichen Formierungspläne des Bundeskanzlers und der Regierungskoalition und wird gerade diesem Thema im Jahre 1966 ihre gesteigerte Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Delegiertenversammlung beschloß die Bildung eines Haushaltsausschusses, eines bildungspolitischen und eines rechtspolitischen Ausschusses, eines Ausschusses für Friedensfragen und für Information, Kommunikation und Filmkritik.

Die Vorstandswahl bestätigte den bisherigen Bundesvorsitzenden Hermann-Josef Schmidt und den stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Klaus Brockhaus für ein weiteres Jahr in ihrem Amt. Neu in den Vorstand wurden gewählt als stellvertretende Vorsitzende Karl-Heinz Roth, Köln, Klaus Curth und Rütger Schäfer, Marburg, Stephan Leibfried, Berlin und Heinz Hallmann, Freiburg. Zum Schatzmeister bestellten die Delegierten Hermann Ritzau aus Saarbrücken.

Als Gast der Delegiertenversammlung sprach der Vorsitzende der HU Dr. Gerhard Szczyzny am Abend des 10.12.1965 öffentlich über das Thema "Ist das Grundgesetz zu demokratisch? - Zur Diskussion um die Freiheit von Kunst und Wissenschaft und das hessische Schulgebetsurteil" (s. "Vorgänge" 1/66).

Wir zitieren im folgenden die wesentlichen Ausschnitte aus der in Marburg erarbeiteten bindenden "Grundsatzerklärung" der HSU:

I.

Die HSU setzt sich entschieden dafür ein,

1. daß in unserer pluralistischen Gesellschaft Menschenwürde und Menschenrechte sowohl im einzelmenschlichen als auch gesellschaftlichen Bereich geachtet und in steigendem Maße verwirklicht werden,
2. daß das Anrecht jedes Einzelnen auf individuelle Lebensgestaltung, insbesondere auf Glaubens-, Gewissens-, Bekenntnis-, Meinungs-, Informations- und Koalitionsfreiheit nicht unter Berufung auf eine angeblich allgemeine sittliche Ordnung eingeschränkt oder einer Mehrheitsentscheidung unterworfen wird, und daß jeder von diesen Rechten ohne Furcht vor Nachteilen uneingeschränkten Gebrauch machen kann,
3. daß jede künstlerische, religiöse, weltanschauliche und wissenschaftliche Betätigung und Äußerung keinen Einschränkungen und Hindernissen unterliegt,

4. daß durch kritische Analyse und sachliche Diskussion eine Auflockerung verfestigter Betrachtungsweisen und durch das Aufzeigen von Alternativen ein größerer Entscheidungsspielraum erreicht werden,
5. daß alle gesellschaftlichen Probleme rational erörtert und behandelt werden.

II.

Die HSU tritt solchen Bestrebungen und Gruppen entgegen, welche

1. die hier vertretenen Rechte und Freiheiten einzuschränken oder zu behindern suchen,
2. die Verwirklichung einer offenen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern suchen,
3. ihre religiösen oder weltanschaulichen Vorstellungen in autoritärer Weise zu allgemeinverbindlichen Normen in der politischen und sozialen Wirklichkeit der BRD erhoben haben oder zu erheben suchen.

III.

Im Bereich der Hochschule tritt die HSU besonders ein

1. für die Autonomie der Hochschule, damit die Freiheit von Forschen, Lehren und Lernen gewahrt werden kann,
2. für die freie Entfaltung des Einzelnen im Bereich der Hochschule und seine demokratische Mitwirkung an der Arbeit der Hochschule,
3. für die Gleichheit der Chancen aller Studierenden, insbesondere für eine einheitliche, familienungebundene Ausbildungsförderung.

HSU begrüßt die Kirchensteuerentscheidungen des Bundesverfassungs-
=====
gerichts
=====

Der Vorstand der Humanistischen Studenten-Union begrüßte am 15.12.65 in einer öffentlichen Erklärung die Kirchensteuerentscheidungen des BVG. Es sei ermutigend, daß gerade in den letzten Monaten höchste deutsche Gerichte (BVG, hessischer und bremischer Staatsgerichtshof) den Mut zu grundrechtskonformen, jedoch in einer breiten Öffentlichkeit höchst unpopulären Urteilen gefunden hätten und daß in der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die "Pflicht des Staates zur religiösen und konfessionellen Neutralität" ausdrücklich betont wurde. Gerade dieser Grundsatz sei nach Ansicht der HSU in den vergangenen 20 Jahren von den beiden christlichen Großkirchen unter Verletzung der staatlichen Neutralität immer wieder zu ihren Gunsten durchbrochen worden. Die Urteile des BVG haben nach Ansicht der HSU das Vertrauen in die rechtsstaatliche Gesinnung unserer führenden Gerichte entscheidend verstärkt.

Weitere Meldungen aus der HSU
=====

Eine neue HSU-Gruppe Gießen bildete sich am 13.12.1965. Vorstand:
1. Bernd Kirchlechner, 63 Gießen, Steinstr. 48; 2. Annedore Prengel, 63 Gießen; 3. Karl-Ernst Eiermann, 633 Wetzlar. Zum neuen Vorsitzenden

der HSU Saarbrücken wählten die dortigen Mitglieder Herrn Jens-Michael Priester, 66 Saarbrücken 15, Neues Studentenheim D, Zimmer 2329.

Die HSU-Gruppe München protestierte in einem Flugblatt Anfang Januar unter der Überschrift "Ist der ASTA die Executive der theologischen Fakultät?" dagegen, daß der ASTA-Vorsitzende der Münchner Universität eine Lesung des "Liebeskonzils" von Oskar Panizza durch eine studenteneigene Studiobühne unterbunden hatte. Die szenische Lesung des um die Jahrhundertwende geschriebenen zeitsatirischen Stücks, das seinem Autor eine einjährige Gefängnisstrafe wegen Gotteslästerung eingetragen hatte, sollte mit einem kulturgeschichtlichen Vortrag und einer Diskussion verbunden sein. Auf Intervention eines Professors für katholisches Kirchenrecht ordnete der ASTA-Vorsitzende die Entfernung aller Plakate der Studiobühne aus dem Bereich der Universität an und untersagte den Kartenvorverkauf in den Geschäftsräumen des ASTA. Das studentische Theaterunternehmen kam inzwischen außerhalb des Universitätsgeländes in den Räumen des Kabarett "Münchner Rationaltheater" doch noch mit großem Publikumserfolg zum Zug.

Neuinszenierungen der Lesebühne
=====

" a r t . 5 "
=====

Einen weiteren Publikums- und Presseerfolg konnte die Lesebühne " a r t . 5 " mit ihrer Januar-Inszenierung erreichen. Sie brachte als deutsche Erstaufführung die satirische Grotesk-Komödie des berühmten russischen Dichters und Dramatikers Wladimir Majakowski "Das Schwitzbad - ein Lehrstück für Staatsdiener mit Zirkus und Feuerwerk". Einige Zitate aus den Pressekritiken:

" ... Die Lesebühne der Humanistischen Union versucht immer wieder zu zeigen, daß die Stücke, die bei unseren uraufführungswütigen Intendanten beharrlich unaufgeführt bleiben, nicht a priori und per definitionem schlecht sind. Der Beweis ... gelang im Fall von Wladimir Majakowskis "Das Schwitzbad" ... glänzend. Daß man dieses schon 1929 geschriebene Stück bei der Münchener Lesung als "deutsche Erstaufführung" ankündigen konnte, ist ebenso erstaunlich wie bezeichnend. Majakowski schildert, wie die Revolution im Bürokratismus erstickt und der Sozialismus in Aktenstößen verstaubt. ... Nach dem 2. Akt besprechen die Hauptakteure im Zuschauerraum das eben gesehene Stück mit dem Regisseur: Indem sie behaupten, daß die Typen der Bühne wirklichkeitsfremd seien, erhärten sie den Eindruck der Wirklichkeitsnähe. Dennoch: Ihr Wunsch nach unverbindlicher Erbauung im Theater wird durch eine ... köstliche Ballettpersiflage über den Untergang des Kapitalismus erfüllt. ... Das Stück wurde von Schauspielern, denen die Lesung sichtlich Spaß bereitete (hervorzuheben: Hans Clarin, Hanns Ernst Jäger und Friedrich Maurer), einem hörbar animierten Publikum vorgestellt. Obwohl das Stück ... als Autor einen überzeugten Marxisten hat (der allerdings seiner Ideologie mit ironischer Distanz gegenübersteht), ist der Inhalt übertragbar: Der kritisierte Bürokratismus existiert auch bei uns. Die Figuren sind im Kern, wie die Zuschauerszene zeigt, maßvoll (und nicht maßlos) überzeichnet - genau das aber darf (wie jüngste Verlautbarungen offenbaren) die Satire in den Augen der Deutschen nicht. So wird das Mauerblümchendasein dieses Stücks begreiflich. ..."

Am Dienstag, den 11.1.1966 gastierte die Lesebühne mit Richard

Nürnberger Schauspielhauses. Das begeistert mitgehende Publikum hörte wieder die Originalbesetzung der Münchner Erstaufführungen mit Hans Schweikart und Hans Clarin. Die Nürnberger Presse nannte das Gastspiel von " a r t . 5 " das bedeutendste Ereignis der Theatersaison".

Als nächste Inszenierung bringt die Lesebühne Ende Februar das in der Bundesrepublik wegen seiner heiklen politischen Thematik kaum gespielte Stück von Arthur Miller "Zwischenfall in Vichy" zusammen mit der neuen Novelle von Rolf Hochhuth "Berliner Antigone".

V e r a n s t a l t u n g e n

=====

1. "Wissenschaft als Lebenshilfe - Forum der Humanistischen Union für Ehe- und Erziehungsfragen", zweite Folge:

Folgende 7 thematisch zusammenhängende Veranstaltungen fanden unter Mitarbeit des Ortsverbandes München im Rahmen dieser Einrichtung statt:

- a) Dr. Hans Kilian "Die Erforschung des 'Gewissens'" - ein Beitrag über die Steuerung menschlichen Verhaltens aus biologischer, psychoanalytischer und kulturanthropologischer Sicht: 1.2.1966
- b) Prof. Dr. Hartmut von Hentig "Das Böse und die 'heile' Welt - pädagogische Folgerungen aus Auschwitz": 4.2.1966
- c) Dr. Gerhard Szczesny "Das sogenannte Gute - über die Fragwürdigkeit der Moral und die Chancen der Humanität": 8.2.1966
- d) "Der nicht geschundene Mensch wird nicht erzogen"? Eine Podiumsdiskussion über Disziplin und Strafe:
Es diskutierten: Dr. Gerd Biermann, Kinderarzt und Psychotherapeut in München * Prof. Dr. Walter Hävernick, Ordinarius für deutsche Volks- und Altertumskunde an der Universität Hamburg, Verfasser des bekannten Buches "Schläge als Strafe" * Pfarrer Max Huber, seit 1946 Direktor des Erziehungsheimes für gefährdete Jugendliche "Schloß Birkenneck" * Prof. Dr. Hans Schiefele, Vorstand der Päd. Hochschule Augsburg * Oberstudienrat Alfons Simon, ehemaliger Lehrbeauftragter der Päd. Hochschule Pasing, Leiter einer Erziehungsberatungsstelle in München, bekannter Experte für praktische Lehrerbildung und -weiterbildung. Diskussionsleitung: Dr. Walther Marseille, Psychoanalytiker in München: 10.2.1966
- e) Dr. Walther Marseille "Erziehung und Gesellschaft oder die Grenzen der Pädagogik": 15.2.1966
- f) "Ist gut gemeint gut genug? ein Lehrgespräch über die Hintergründe von Erziehungskonflikten" mit Prof. Dr. Tobias Brocher von der Fernseh-Elternschule. Prof. Brocher, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychotherapie und Tiefenpsychologie und wissenschaftliches Mitglied des Sigmund-Freud-Institutes in Frankfurt, zeigte mit einem Kreis von Eltern, Lehrern und Schülern an einigen konkreten Streitfällen Motive und Wechselwirkungen, an die Erzieher und Zöglinge in der Praxis oft zu wenig denken. 17.2.1966
- g) Kurt Seelmann "Tabu und Schuldgefühl in der Sexualerziehung - II. Jugendliche": 28.2.1966

2. "Eros und Gesellschaft": Vortrag von Dr. Wolfgang Baranowsky, Frankfurt, am 30.11.1965, veranstaltet von der HSU Münster.
3. "Schuldstrafrecht oder Sicherungsstrafrecht": Streitgespräch zwischen Prof. Dr. Armand Mergen (Beiratsmitglied der HU), Präsident der Deutschen kriminologischen Gesellschaft, Universität Mainz, und dem Direktor des Kieler Kriminologischen Seminars Prof. Dr. Helmuth Meyer. Öffentliche Veranstaltung der HSU Kiel am 2.12.1965.
4. "Die rechtliche Problematik des Morgengebets an den hessischen Schulen": Auf Einladung des Ortsverbandes Frankfurt referierte zu diesem Thema am 1.12.1965 Dr. Diether Hoffmann, der Initiator des hessischen Schulgebetsurteils.
5. "Pädagogik ohne Dogma": Prof. Dr. Felix von Cube von der Pädagogischen Hochschule Berlin sprach am 7.12.1965 auf einer öffentlichen Veranstaltung des Ortsverbandes Aachen. Er entwickelte dabei eine umfassende Theorie von einem Erziehungssystem auf wissenschaftlicher Grundlage. Er wies darauf hin, daß es das Wesen einer wissenschaftlichen Methode sei, nachprüfbar zu sein. Das sei aber bei einer Vielzahl von ideologischen Elementen in den heute herrschenden Erziehungssystemen nicht der Fall. Pädagogische Zielvorstellungen wie "alles Gute, Wahre und Schöne", eine "rechte Lebensführung", "Natur und Übernatur" seien viel zu unkontrollierbar, zu subjektiv-ideologisch, als das sie in Lehrplänen etwas zu suchen hätten. Erziehungsziele wie "Sittlichkeit" oder "das Absolute" seien geradezu Schulbeispiele für eine ideologische Erziehung. Der pluralistischen, demokratischen Gesellschaft sei ein Lehrsystem angemessen, dessen gemeinsame Kommunikationsbasis die rational-wissenschaftliche Diskussion und Argumentation sei. Diese gemeinsame allgemein-verbindliche Grundlage gebe dann Raum für subjektive Aussagen und Wertungen, die aber nicht von der Institution oder dem Erziehungssystem ausgehen könnten, sondern nur von den Einzelpersonen. Dem sehr gut besuchten Vortrag schloß sich eine lebhaft und kontroverse Diskussion an.
6. "Die Angst der Kirchen vor der Welt des 20. Jahrhunderts": Öffentlicher Vortrag des Publizisten und Soziologen Fritz Vilmar, Frankfurt, am 10.12.1965 in Frankfurt. Veranstalter war der dortige Ortsverband. Der Redner warf den Kirchen eine "fast neurotische Verliebtheit in den status quo" vor. Die Kirchen von heute hätten Angst vor der Aufklärung, die den Menschen mündig mache. Sie seien ängstlich bemüht, die Menschen in dem Bedürfnis, geführt zu werden, zu belassen. Die Angst der Kirche vor den mündigen Menschen werde auch allzu leicht zur Angst vor der Demokratie. Zum Schluß schrieb der Referent den Kirchen durchaus wichtige gesellschaftliche Aufgaben zu, meinte aber, zuvor habe die Christenheit durch ein heißes Feuer der Selbstkritik hindurchzugehen.
7. "Die Reform des politischen Strafrechts - Ideal und Wirklichkeit": Rechtsanwalt Dr. Walter Ammann, der Vorsitzende des Ortsverbandes Heidelberg, sprach am gleichen Ort zu diesem Thema am 9.12.1965.
8. "Zensurinstanzen in der Bundesrepublik - die Sünde ist unheilbar": Der Publizist Dr. Wolfgang Baranowsky, Frankfurt, sprach in diesem öffentlichen Vortrag des Ortsverbandes Hamburg am 9.12.1965 u. a. über seine eigenen Erfahrungen mit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Der Vortrag war gut besucht und fand allgemeine Zustimmung.

9. Informationsabend für Interessenten an der HU: Im Frankfurter Club Voltaire, einem politischen Club für junge Leute, sprach der Frankfurter Ortsvorsitzende Klaus Scheunemann am 16.12.1965 über Arbeit und Ziele der HU.
10. "Strafvollzug - Lohnsklaverei oder Resozialisierung?": Öffentliche Vortragsveranstaltung der HSU Münster am 16.12.1965 mit Rechtsanwalt Wolfgang Schelte, Unna., in Münster.
11. "Nobi": Eine Aufführung dieses berühmten Anti-Kriegsfilmes organisierte ebenfalls die HSU Münster am 12.1.1966.
12. "Innerparteiliche Demokratie": Peter Haungs, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für politische Wissenschaften in Heidelberg, erörterte dieses Problem in einer öffentlichen Veranstaltung der HSU Marburg am 13.1.1966. Besonders wichtig für das gewünschte Modell einer wirklich demokratisierten Partei, so führte der Referent aus, sei der Gewinn qualifizierter, bestimmter Sachgebiete fachgerecht beherrschender Staatsbürger, die zunächst nur aus politischem Interesse Mitglieder würden und nicht, weil sie in erster Linie einen wichtigen Posten bekommen wollten. Dem Vortrag folgte eine sehr lebhaft Diskussions.
13. "Erhardts 'Reform der deutschen Demokratie' - Unterordnung von Staat und Gesellschaft unter die Interessen der Großindustrie?": Nach einem Einführungsreferat des HSU-Mitglieds Richard Pippert diskutierte die HSU-Gruppe Marburg am 19.1.1966 über dieses Thema mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund.
14. "Menschenbildung im Strafvollzug": Prof. Dr. Walter Herrmann von der Universität Göttingen sprach auf Einladung des Ortsverbandes Lüneburg am 20.1.1966. Prof. Herrmann, selbst einmal Leiter einer Strafanstalt und maßgeblich beteiligt an den Beratungen der Kommission zur großen Strafrechtsreform sprach sich für eine grundlegende Reform des deutschen Strafvollzuges aus. Die Resozialisierung, d.h. die Wiedereingliederung des Gefangenen in die Gesellschaft, sei das einzig vertretbare Ziel jeder Freiheitsstrafe. Eine kurze Freiheitsstrafe schade mehr als sie nütze, denn in 3, 6 oder 9 Monaten sei es unmöglich, den Gestrauchten wirklich umzuformen. Als Grundvoraussetzungen für die dringend erforderliche Menschenbildung im Strafvollzug seien ständiger Kontakt der Aufsichtsbeamten, Lehrer und Erzieher mit den Gefangenen, produktive Arbeit, Übertragung von Verantwortung und die Anerkennung der inneren Freiheit jedes Sträflings. "Denn notorisch bösen Menschen habe ich in meiner langjährigen Praxis noch nicht getroffen", führte Prof. Herrmann zum Schluß aus. "Im Gegenteil: Jeder Gefangene ist brennend an der Wiederaufnahme in die Gesellschaft interessiert - wir müssen ihm nur diese Möglichkeit geben." Eine lebhaft Diskussions schloß sich an.
15. "Die politische Strafjustiz in der Bundesrepublik": Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen, untersuchte dieses Problem am 20.1.1966 auf Einladung der HSU Münster.
16. "Das institutionalisierte Beten in öffentlichen Schulen": Eine Diskussion der HSU Marburg mit der Katholischen Studenten-Einigung Marburg am 2.2.1966. Die anwesenden Vertreter der KSEM begrüßten einstimmig das Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs und verlangten teilweise sogar darüber hinaus die völlige Abschaffung des Schulgebets.

17. "Formierte Gesellschaft und freiheitliche Demokratie": Öffentlicher Vortrag des Gewerkschaftsreferenten Reinhard Opitz am 2.2.1966, veranstaltet von der HSU Frankfurt.
18. "Das höhere Prinzip": Diesen von der HU für die Aufführung in der Bundesrepublik durchgesetzten nazistischen Spielfilm aus der Tschechoslowakei führte die HSU Münster am 3.1.1966 vor.
19. "Kein Platz für Kritiker?": Eine Podiumsdiskussion des Ortsverbandes Frankfurt am 8.2.1966 über die Situation der kritischen Publizistik in der DDR und der Bundesrepublik im Frankfurter Cantatesaal. Näheres in den nächsten "Mitteilungen".
20. "Politik und Intelligenz": Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim von der Universität Berlin (Beiratsmitglied der HU) referierte auf einer öffentlichen Vortragsveranstaltung der HSU Münster am 17.2.1966.

A n l a g e n :

Diesen "Mitteilungen" sind beigeheftet:

1. Die bereits anfangs erwähnte Arbeitsanleitung zu unserem "Arbeitsprogramm zur Erziehungsreform";
2. Ein Bericht über die Frage, wie die Humanistische Union organisiert sein soll;
3. Ein Bestell-Formular für neue und noch vorrätige Veröffentlichungen der HU.

Außerdem liegt für alle Mitglieder die Mitgliedskarte 1966 bei. Wegen der zur Zeit wieder besonders großen Überlastung unserer Geschäftsstelle haben wir diesmal der Einfachheit halber die Namen und Adressen nicht eingesetzt. Wir bitten unsere verehrten Mitglieder, das freundlicherweise für uns vorzunehmen und diese Formlosigkeit zu entschuldigen. Allen Mitgliedern, die für das Finanzamt eine Spenden- bzw. Beitragsbestätigung benötigen, fügen wir eine solche bei.

Zum Schluß hat unsere Buchhaltung noch eine Bitte: Sie wäre unseren Mitgliedern aufrichtig dankbar, wenn sie bei allen Geldüberweisungen unbedingt die Postleitzahl des Absenders angeben. Da unsere Mitgliederkartei aus organisationstechnischen Gründen nach Postleitzahlen geordnet ist, wird dadurch die ordnungsgemäße Buchführung ganz entscheidend erleichtert. Alle Mitglieder, die ihren Beitrag noch monatlich überweisen, bitten wir herzlich, doch prüfen zu wollen, ob nicht wenigstens eine 1/4-jährliche, wenn nicht eine längerfristige Überweisung des Beitrags zu ermöglichen ist. Eine monatliche Überweisung ist sowohl für den Absender selbst, als auch für die Geldinstitute und für uns durchaus unrationell und unrentabel. Je weniger wir buchen, sortieren und registrieren müssen, desto geringer wird der Verwaltungsaufwand und desto mehr Mittel haben wir für unsere eigentliche politische Arbeit zur Verfügung.

Für den Inhalt verantwortlich: Rainer Haun

HUMANISTISCHE UNION e.V.

3000 München 9, Geiselgasteigstr. 116 - Tel. 43 72 80

Konten: Postscheckkonto München 104 200

Wichtiges Rundschreiben an alle Mitarbeiter!Betr.: Veranstaltungen zur Erziehungsreform

Gegenwärtig erhalten wir viele Stellungnahmen zu unserem Arbeitsprogramm "Wege und Ziele einer Erziehungsreform". In den Zuschriften drückt sich eine große Bereitschaft zur Mitarbeit aus. Es wird immer wieder angefragt, ob sich in den Ortsverbänden die angekündigten Arbeitskreise schon gebildet hätten und eine Mitwirkung erwünscht und möglich wäre. Wir möchten deshalb die Ortsverbände und Mitarbeiter bitten, in folgender Weise vorzugehen:

I

Bildung eines Arbeitskreises zur Diskussion der "Thesen zur Überprüfung und Erneuerung unserer Erziehungsziele"

für diesen Arbeitskreis sollen neben den interessierten Mitgliedern noch Lehrer, Eltern, Psychologen und andere Experten sowie ältere Schüler zur Teilnahme gewonnen werden. Doch sollten die Zusammenkünfte geschlossene Veranstaltungen sein.

In der Diskussion kommt es weniger auf theoretische Betrachtungen und Definitionen an als vielmehr auf die Erörterung der Frage, wie die derzeitige Erziehungswirklichkeit am Ort tatsächlich verbessert werden könnte. Damit die Aussprache nicht gleich zu allgemein wird, empfehlen wir, die Themenkreise des Arbeitsprogramms getrennt zu behandeln. Wir schlagen für die ersten Sitzungen das in dem Arbeitsprogramm Abschnitt II/A 1 und 2 dargestellte Problem "Zwang und Freiheit" vor. Zweckmäßig wäre es, einleitend ein kurzes Referat und Korreferat zum vorgesehenen Thema halten zu lassen. Da die Ergebnisse dieser Diskussionen bei der endgültigen Fassung des Arbeitsprogramms "Wege und Ziele einer Erziehungsreform" berücksichtigt werden sollen, erbitten wir von diesen Zusammenkünften ein Protokoll, das die wesentlichen Ergebnisse enthält.

II

Arbeitsgemeinschaften für Schüler der oberen Klassen

Diese Schüler-Arbeitsgemeinschaften, die etwa einmal in der Woche zusammenkommen könnten, sollten gemeinsam ein Buch oder einen Aufsatz besprechen. Wir schlagen vor: Konrad Lorenz: "Das sogenannte Böse" (Borotha-Schoeler Verlag - Wien 1963); Alexander S. Neill: "Erziehung in Summerhill" Das revolutionäre Beispiel einer freien Schule (Szczesny-Verlag - München 1965); Ralf Dahrendorf: "Demokratie in Deutschland" (Pieper-Verlag - München 1965); Gerhard Szczesny: "Ist das Grundgesetz zu demokratisch?" (in "Vorgänge" 1766 Szczesny-Verlag München); Alex Comfort: "Der aufgeklärte Eros" (Szczesny-Verlag - München 1964).

Zweckmäßigerweise sollte mit den Direktoren und interessierten Lehrern der Schulen vor der Bildung dieser Arbeitsgemeinschaften Verbindung aufgenommen werden. Ihre Unterstützung könnte man vielleicht mit dem Hinweis gewinnen, daß diese Arbeitsgemeinschaften die Bestrebungen der Schule, die Schüler politisch, soziologisch usw. zu bilden, außerschulisch ergänzen sollen.

Die Schüler selbst könnten durch einen Aushang in der Schule und evtl. durch eine Notiz in der örtlichen Presse zur Teilnahme eingeladen werden. Sehr wertvoll könnte eine Zusammenarbeit mit den Redakteuren von Schülerzeitungen sein, da diese Zeitungen für eine Werbung und Unter-

Der Leiter einer solchen Schülergruppe müßte dazu befähigt sein, neben der inhaltlichen Führung des Gesprächs mit den Schülern auch die Formen sachlicher Rede und Gegenrede zu üben. Die Schüler sollen zu eigener Urteilsbildung angeregt werden und zu den behandelten Fragen in freier Rede Stellung nehmen, ihre Ansicht fair verteidigen, ohne den Gegner zu diffamieren; sie sollten lernen, auf andere Partner einzugehen und notwendige Kompromisse zu schließen. Als Leiter sollte eine Persönlichkeit gewonnen werden, die in jeder Weise bei den Schülern Anerkennung findet.

Damit die Sache in Gang kommt und wir übersehen können, mit welcher Beteiligung zu rechnen ist, bitten wir, uns bis spätestens 1. April bekannt zu geben, welche Arbeitskreise und Schülerarbeitsgruppen sich gebildet haben und welche Vorschläge und Wünsche Sie haben.

Kontaktstellen für Interessierte

<u>Aachen</u>	W. Dahlbenden, 51 Aachen, Dr.-Hahn-Str. 7
<u>Augsburg</u>	H. Grimm, 89 Augsburg, Holzweg 61
<u>Berlin</u>	W. Girschner, 1 Berlin 62, Kufsteiner Str. 12
<u>Bonn</u>	H.M.Hieronimi, 53 Bonn, Johanniterstr. 13
<u>Braunschweig</u>	E. Schulze, 33 Braunschweig, Hagenmarkt 1
<u>Bremen</u>	L. Neimke, 28 Bremen 1, Roonstr. 5
<u>Darmstadt</u>	H. Franz, 61 Darmstadt, Bleichstr. 51
<u>Dortmund</u>	Dr.H. Knöpke, 584 Schwerte, Heidestr. 6
<u>Düsseldorf</u>	Dr.H. Homeyer, 4 Düsseldorf, Alt Pempelfort 6
<u>Duisburg</u>	K. Selbiger, 41 Duisburg, Königstr. 56
<u>Essen</u>	W. Laütz, 43 Essen, Pettenkoferstr. 41
<u>Frankfurt</u>	K. Scheunemann 6 Ffm.-Süd, Niersteiner Str. 20
<u>Freiburg HSU-Bundesverb.</u>	H.-J. Schmidt, 78 Freiburg, Bayernstr. 16
<u>Giessen HSU</u>	B. Kirchlechner, 63 Giessen, Steinstr. 48
<u>Göttingen HSU</u>	P.E.A.Schopen, 34 Göttingen-G., In d. Bleiche 34
<u>Hagen</u>	G. Gunkel, 585 Hohenlimbg., Am Predigerstuhl 6
<u>Hamburg</u>	Ra. A. Holzmüller, 2 Hamburg 13, Oberstr.110/II
<u>Hannover</u>	H.-R. Misler, 3057 Methel Krs. Neustadt/Rbge.
<u>Karlsruhe HSU</u>	H. Tölke, 75 Karlsruhe-D., Am Burgweg 11
<u>Kassel</u>	Oberstudienr. H.Herzog, 35 Kassel, Kohlenstr.78
<u>Kiel / Lübeck</u>	Dr. K. Waterstradt, 24 Lübeck, Volkerstr. 34
<u>Köln</u>	Dr. H. Klarr, 5 Köln-Mülheim, Elis.-Breuer-S.36
<u>Lüneburg</u>	Prof.Dr.E. Hapke, 314 Lüneburg, Zechlinstr.17
<u>Mainz</u>	W. Kaffrell, 65 Mainz, Gaustr. 6
<u>Mannh./Ludwigsh./Heidelb.</u>	Dr. L. Knapp, 69 Heidelberg, Augustinergasse 15
<u>Marburg</u>	Rütger Schäfer, 3551 Wehrda, Am Kornacker 34
<u>München</u>	Dr.Chr.v.Conta, 8 München 19, Südl.Auffahrtsallee
<u>Münster</u>	Dr.K.Brockhaus, 44 Münster, Olfersstr. 4 51
<u>Nürnberg</u>	Ra. K. Krüger, 85 Nürnberg, Blütenstr. 10a
<u>Rendsburg</u>	E. v. Rosenblatt, 237 Rendsburg, Hoheluft 5
<u>Saarbrücken</u>	O. Jung, 66 Saarbr. II, Am Wallenbaum 15
<u>Stuttgart</u>	Dr.Charl.Maack, 7 Stgt.-Rohracker, Dürrbachstr.10
<u>Tübingen HSU</u>	F. Manz, 74 Tübingen, Sonnenstr.4
<u>Ulm</u>	Ra. Erwin Fischer, 79 Ulm, Postfach 309
<u>Würzburg</u>	K.-L. Löffler, 87 Würzburg, Ludwigstr. 22
<u>Zweibrücken</u>	Dr. Ph. Loch, 666 Zweibrücken, Crolliusstr. 4
<u>Wuppertal</u>	H. Hilker, 56 Wuppert.-E., Augustastr. 96

Wie soll die Humanistische Union organisiert sein?

Auf der ersten Mitgliederversammlung (MV) der HU am 16.11.1963 in München wurde die Frage aufgeworfen, ob die MV das geeignetste Gremium für die Willensbildung unserer Vereinigung sei. Die aus der unterschiedlichen Entfernung zwischen Wohnort und Versammlungsort und der unterschiedlichen finanziellen Lage des Einzelnen zwangsläufig sich ergebende ungleiche Vertretung der Mitglieder wurde allgemein als Nachteil der MV angesehen.

Zwei Alternativen, das Delegiertenprinzip und die MV mit Minderheitsveto, wurden diskutiert, eine Entscheidung jedoch um zwei Jahre bis zur nächsten MV vertagt. Die Zeit sollte zu einer gründlichen Diskussion der Problematik genutzt werden und zur Ausarbeitung einer Satzungsänderung führen, die eine dem Charakter der HU angemessene, demokratische, möglichst einfache Willensbildung innerhalb der HU gewährleistet.

Am 4./5.7.1964 fand in Wiesbaden eine Konferenz statt, aus der u. a. über die organisatorische Umgestaltung der HU beraten wurde. Die Teilnehmer einigten sich darauf, der nächsten MV die Einführung des Delegiertenprinzips zu empfehlen. Für die Ausarbeitung der Einzelheiten wurde ein Ausschuß eingesetzt.

Die zweite MV der HU in Darmstadt am 20.11.1965 behandelte unter Tagesordnungspunkt 5 die Satzungsänderungen, durch die die organisatorische Struktur neu geregelt werden sollte. Den Beratungen lagen zugrunde:

1. ein Vorschlag des Organisationsreferats und dazu Änderungswünsche aus dem Kreis der Mitglieder,
2. ein Vorschlag des Vorstands,
3. ein Kompromißvorschlag, der die beiden anderen Vorschläge und die Mitgliederwünsche zusammenfaßt.

Sämtliche Vorschläge stimmten darin überein, die Mitgliederversammlung durch eine Delegiertenversammlung zu ersetzen. Dagegen unterschieden sich die Vorschläge in bezug auf den Wahlmodus für die Delegierten und die Rolle der Ortsverbände bei der Delegiertenwahl.

Diese Frage war dann auch der Angelpunkt für die gegensätzlichen Auffassungen, die in der Diskussion über die Satzungsänderungen vertreten wurden. Es entstand der Eindruck, als stünden zwei Gruppen, "Ortsverbandler" und "Zentralisten", in einem Interessenkampf gegeneinander. Natürlich ist das objektiv nicht richtig gesehen, denn man muß wohl davon ausgehen, daß alle sich darum bemühten, diejenige Organisationsform zu finden, die der HU die größte politische Wirksamkeit garantiert. Da aber die Faktoren, von denen die Wirksamkeit abhängt, vor der MV wohl nicht gründlich genug analysiert und diskutiert worden sind, ist es erklärlich, daß es auf der MV zu Meinungsverschiedenheiten kam, die sich während der Debatte nicht beheben ließen. So wurden schließlich die in einigen - vielleicht wesentlichen - Punkten geänderten Paragraphen des Entwurfs mit wechselnden Mehrheiten und oft gegen den Widerstand einer Minderheit angenommen.

Nach diesem Verlauf ist es verständlich, daß bald nach der MV von mehreren Mitgliedern Bedenken gegen einige Bestimmungen der neuen Satzung angemeldet wurden. Besonders heftig kritisiert werden zwei Punkte:

1. § 7c, Abs. 3, Satz 2: "Mit der Konstituierung eines OV gehören alle Mitglieder aus dieser Gemeinde dem OV an."

Wie schon manche Sprecher auf der MV in Darmstadt fordern die Kritiker, daß die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu einem Ortsverband jedem Mitglied freizustellen sei. Da alle Personen, die sich der HU anschließen, zunächst nur Mitglieder des Bundesverbandes sind und die Ortsverbände zumindest nach der in Darmstadt geänderten Satzung den Charakter eigener, nicht eingetragener, Vereine haben, sei schon aus vereinsrechtlichen Gründen, aber auch im Hinblick auf die freiheitlichen Grundsätze der HU, eine zwangsmäßige Eingliederung in einen Ortsverein unzulässig und unzumutbar.

2. § 7d, Abs. 2, Sätze 1-2: "Die Ortsverbände können pro angefangene 50 Mitglieder einen Delegierten entsenden. Der Bundesverband kann pro 200 aller Mitglieder des Vereins einen Delegierten entsenden."

Bei den Bundesdelegierten wird es sich um Mitglieder handeln, die als Sachverständige, Gutachter, wissenschaftl. Berater und Beiratsmitglieder entscheidend zur erfolgreichen Arbeit der HU beigetragen haben und über ihren Wohnort hinaus bekannt sind. Die Bundesdelegierten sollen auch die Mitglieder vertreten, die noch keinem Ortsverband angehören.

Nach den weiteren Bestimmungen von § 7d, Abs. 2 haben die einem Ortsverband angehörenden Mitglieder je eine Stimme für die Wahl eines Ortslisten- und eines Bundeslistendelegierten, die übrigen Mitglieder jedoch zwei Stimmen für die Wahl eines Bundeslistendelegierten. Hier wird das geringere Gewicht der Erststimme der nicht einem Ortsverband angehörenden Mitglieder als Vorstoß gegen die Chancengleichheit der Wähler beanstandet.

Die Frage, ob die damit geschaffene Organisationsform den Aufgaben und der Arbeitsweise der HU gerecht wird, soll aus den dargelegten Gründen zur Diskussion gestellt werden. Der Vorstand hat deswegen auf seiner Sitzung am 20.12.1965 beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die sachlichen und organisatorischen Konsequenzen der Strukturänderung untersuchen und, wenn es sich als notwendig erweist, Vorschläge zur zweckmäßigsten Organisationsform der HU machen soll. Außerdem bittet der Vorstand die an diesem Problemkreis interessierten Mitglieder um ihre Stellungnahme.